

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Preis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. gegen Vierteljahr M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und M. 5.—. Erheimt tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3455. Sprechstunde am wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Pettzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbeanzeigen 20 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

93.

Dresden, Sonnabend den 24. April 1909.

20. Jahrg.

Die neuen Anleihen.

Die langen Verhandlungen zwischen der Regierung und der Bankwelt sind am Freitag die neuen preussischen Anleihen abgeschlossen. Ingesamt wird die Ausgabe von 800 Millionen Anleihen erfolgen, und zwar entfallen auf das Reich, auf Preußen 480 Millionen. Die neuen Anleihen, wie der schon Kundt lautet, beinhalten den Zins und der Regierung über den Zins der Anleihen. Die Banken wünschen ausser 4 prozentige Anleihen, während die Vertreter der Regierung die Ausgabe 3 1/2 proz. Anleihen angestrebt. Die nun getroffenen Vereinbarungen werden als 3 1/2 proz. und 4 proz. Zinsfuß angestrichelt. Die Anleihen werden am 3. Mai erfolgen, und zwar für die Anleihen zum Kurs von 95,60 Proz., die 4 proz. von 102,70 Proz. Dem Bankentfortschritt, das Reich übernimmt, ist für die 3 1/2 proz. ein Kurs von 102 für die 4 proz. ein Kurs von 102 Proz. Bedingungen, zu denen das Reich und Preußen werden am besten und schärfsten durch den Reichsanwalt, daß vor wenigen Tagen Italienienbahnleihe bei einem Zinsfuß von 3 proz. zu 102 Proz. abgeschlossen hat. Die Anleihen sollen den 3 1/2 proz. Anleihehypothekenschein auf diese italienische Anleihe und die aufwendige Lage des Geldmarktes gefördert haben. Die Banken fügte — der „goldene Mittelweg“, der die Regierung führt, ist Hamburg —, war nach den Worten der Anleihebeschlüssen im Vorjahre zu erwarten, haben ihren Willen durchgesetzt. Die Finanzverwaltung des Reichs und Preußens hat die Anleihebedingungen angenommen haben. Der Reichsanwalt Spartheorien predigt und die Anleihe in Bewegung gesetzt werden, um die Anleihe zur Annahme einer Erbschaftsteuer zu 100 Millionen einbringen soll, dann bedarf es nicht mehr, daß die Regierung auf diesem nicht mehr Wege dem Grobkapital ein Stück abgeben lassen wollte. Preußen hat einmal den Weg der Regierung zur Unterbringung ihrer Anleihen können, ohne die fragwürdige Unterhandlungen gegen teuren Preis in Anspruch zu nehmen nur notwendig gewesen, an das Publikum die Anleihen direkt heranzutreten. Wenn die Regierung damit auch nur gedroht hätte, würden die Anleihen zu annehmbaren Bedingungen verhandelt werden. Die Regierung mag das notwendige Dankenswerten ein Depositensteuergesetz nicht zu schaffen, weil die Anleihen den Grobkapital unterwirft sind; die Anleihen werden auch sonst von den Regierungen durch die Anleihen und Dienste gefährlich, die die Anleihen führt sich dann dafür in Anleihen, die kein anderer europäischer Staat abgeben von dem bankrotten Rußland, sich ein Anleihen. Italien bekommt eine 3 1/2 proz. Anleihe, Deutschland kann 3 1/2 proz. Anleihen nur herausbringen!

Politische Ohrfeigen.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß der konservative Wertzuwachssteuer-Antrag nur als eine neue Quertreiberlei gegen die Erbschaftsteuerreform zu bezeichnen ist. Die konservative Korrespondenz teilt das neueste Junfermannsche in folgenden bündigen Worten mit: Die konservative Fraktion des Reichstages hat heute den Beschluß gefaßt, als Ersatz der nach wie vor abzulehnenden Nachlass- oder Erbschaftsteuer eine Reichwertzuwachssteuer in Verbindung mit einer Umsatzsteuer zu beantragen. Wir haben den konservativen Antrag schon gestern im Wortlaut mitgeteilt und besprochen. Ueber den Sinn des Antrags ist man sich in den weitesten politischen Kreisen einig. Selbst die reichsparteilichen Berl. Neuest. Nachr. sprechen von einer „konservativen Verschleppungsaktion“ und hoffen auf die Einsicht eines Teils der konservativen Abgeordneten, denn „der Egoismus der Wähler ist doch zu unerbittlich zutage getreten, als daß in diesen Tagen äußerster Finanznot Männer mit wirtschaftlicher Einsicht und gesundem Gerechtigkeitsgefühl sich einer Besteuerung des Vermögens länger, ohne zu erröten, entziehen können. Die Proteste gegen diesen neuen Schachzug eigenständiger Interessentpolitik werden himmelhoch anwachsen.“ Klingt es schon aus der nächsten Nähe der Junfermann, so ist es begreiflich, daß schließlich auch der jahre Blochstreifen eine Spitze riskiert. Und dieser hat auch noch einen besonderen Grund dazu, denn der Vorschlag einer Erhöhung des Verleumdungsschuldens, der mit dem konservativen Antrag verknüpft ist, ist eine besondere Gegen den Verleumdungsschuldens. Es ist daher begreiflich, daß die Bloch. Stg. erneute Antragsungen macht, um den Reichsanwalt gegen die erste Blochseite auszuweisen. Die Rechte, meint sie, will dem Reichsanwalt die Friedensbedingungen diktieren, denen er sich zu unterwerfen hat. Dieser Antrag in der Finanzkommission nach der Tagesrede des Fürsten Bülow ist für ihn eine politische Ohrfeige. Ob er sie einstecken wird, vielleicht noch die andere Wange hinreichend, wird die Zukunft lehren.“ So weit die politische Stg. und sie hat recht. Wir finden, daß überhaupt in der Blochwelt statt unheimlich viel geschrieen wird. Erst ohrfeigen die Konservativen den Blochfänger, darauf kriegt dieser einen Kniegelenk und ohrfeigt die Freisinnigen, sodann ohrfeigen sich diese beinahe in ihren Fraktionsitzungen — natürlich auch bloß politisch — und so geht die Reihe immer herum, wobei die einzelnen, die immer bloß aktiv bleiben, die Junfermann sind.

Neue Gerüchte über Auflösungspläne.

Die Aussichten der Finanzreform erscheinen durch den konservativen Vorschlag von neuem sehr kompliziert und es tauchen daher wiederum die Gerüchte auf, daß es ohne Auflösung des Reichstages nicht abgehen werde.

So wird uns aus Berlin geschrieben:

Am meisten erfreut von dem konservativen Vorschlag ist die Deutsche Tageszeitung. Sie findet, daß sich die Konservativen mit ihrem Vorschlag ein hohes Verdienst erworben haben. Die Kombination der Reichwertzuwachssteuer mit der Reichsumsatzsteuer sei eine überaus glückliche. Die vorgeschlagenen Steuern werden im Reichstage sehr leicht eine Mehrheit finden, wenn sich nur die Regierung mit dem nötigen Eifer ins Zeug legt. Die vorgeschlagenen Steuern können aber bloß als Ersatz für die Nachlasssteuer angesehen werden; denn ihr Gas, Elektrizitäts- und Zinsensteuer müßten auf alle Fälle neue indirekte Steuern vorgeschlagen werden. Aus diesen Darlegungen der Deutschen Tageszeitung geht zur Genüge hervor, daß es den Konservativen nur darum zu tun ist, der Reichsfinanzreform neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen und auf der anderen Seite sich den Rücken zu decken für den Fall der Auflösung des Reichstages. Jedenfalls ist die gesamte politische Lage dadurch neuerdings aufs äußerste kompliziert worden und man wird gut daran tun, sich auf Überraschungen gefaßt zu machen. Denn nach der Erklärung des Fürsten Bülow, wonach der Reichstag die Reformfrage noch in dieser Session lösen würde, gibt es auch für die Regierung kein Ausweichen mehr.

Wir halten es auch jetzt für ausgeschlossen, daß es aus Anlaß der Finanzreform zu einer Reichstagsauflösung kommen werde. Dieses Risiko wird Herr v. Bülow nicht auf sich nehmen. Die Konservativen treiben ihr freches Spiel, gerade weil sie genau wissen, daß Bülow ihr Gefangen ist. Die plötzliche Aufhebung der Reichwertzuwachssteuer ist nur Wankredel, um einestells in gewissen Kreisen der Bevölkerung das durch Verweigerung der Erbschaftsteuer geminderte Vertrauen wieder herzustellen, um andererseits beim Handel um die nähere Ausgestaltung der Erbschaftsteuer eine günstigere Position zu gewinnen. Immerhin ist es unsere Pflicht, von den in Berlin kursierenden Gerüchten einer möglichen Reichstagsauflösung Kenntnis zu geben.

Die Entscheidungssitunde.

Der Beschluß der türkischen Nationalversammlung auf Entlassung Abdul Hamids wird bestätigt, wenn auch über Form und Wortlaut der Entscheidung verhandelt, sowie über abweichende Bedingungen vorliegen. Nach langem Zögern und Unterhandeln ist ein Teil der führenden Jungtürken, der von Anfang an die Entlassung des Sultans forderte, die Bedenken derer, die von einem solchen Schritte Verhängnisvolles befürchteten, überwunden zu haben. Die Beschlüsse der Nationalversammlung über die Proklamation des Kommandeurs der Komitee-Truppen, die Armee sei nicht gekommen, den Sultan abzusetzen. Die Proklamation läßt aber auch die Auslegung zu, daß die Truppen die Erledigung dieses Befehls der Nationalversammlung überlassen wollen. Inzwischen haben die Komitee-Truppen den Einmarsch in Konstantinopel begonnen. Die Erwartung, es werde nicht zu Kämpfen kommen, hat sich nicht erfüllt. Damit sind die Jung-

Die sächsische Revolution.

Der sächsische Jahrbuch.

IV. (Schluß)

Die sächsische Revolution in Sachsen bestand einzig in der Revolution in Preußen und Österreich die Reaktion besiegte heute und die Regierungen dieser Länder ihre Einmarschieren in Sachsen bereit stellen, um der sächsischen Demokratie zu machen. Die sächsischen Demokraten mühten sich 1849 täglich auf einen Niederschlag von Preußen gefaßt haben sich dessen wohl bewußt, daß, wenn es nicht zu den Deutschen Reich und einer allgemeinen Revolution von der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Grundrechte und Verfassung kommt, das Ende der sächsischen Demokratie besiegelt sei. Aus diesem Grunde alle ihre Kräfte auf, die Anerkennung der Grundrechte der Verfassung zu erzielen. Als aber nun der König von Preußen mit dem König von Sachsen die Annahme der Verfassung entschieden ablehnte und nach dem Vorbild des demokratischen und des Reichstages das Parlament auflöste — die Demokraten, wieviel die Uhr geschlagen und daß sie die Wahl hatten, entweder mit der Waffe das Erbschaftsrecht oder widerstandslos das Reich wieder zu erheben war natürlich undenkbar, und so blieb nur der Weg ohne Vorbereitung ganz plötzlich, aber ganz selbstbeständig die sächsische Revolution. Diese war also im Jahre 1849 in Sachsen eine Revolution, und ohne fremde Hilfe wäre es den sächsischen Demokraten, sie zu führen. Wie sich der König von Sachsen in diesem Zustand in Sachsen stellte, das geht ja schon hervor, den er am 3. Mai 1849 an den Grafen v. Dönhoff schrieb und in dem es heißt: „Sie kommen in prächtigen Regiments, und ich möchte alle sächsischen Soldaten in die Hände nehmen! Sagen Sie den Soldaten meinen allerherzlichsten Gruß, und

daß der harte Kampf, den sie, würdig des Preußens Namens, bestanden, die Wendung des Unglücks von Deutschland in sich sah.“ Angegeben von dem perversten Geschmack, alle Soldaten abzuschlachten zu wollen, geht aus diesem Briefe hervor, daß der König von Preußen — der bekanntlich die Kaiserkrone zurückgewiesen hatte, weil an ihr der „Ludgeruch der Revolution“ haften — die Niederwerfung der Demokraten in Sachsen als eine Sache Preußens ansah. Die deutschen Fürsten hatten ja auch eine gegenseitige Hilfe bereit, und die sächsischen Junfermann haben sich handig bemüht, Preußen und Österreich für ihre reaktionären Pläne zu gewinnen. Ein blutiger Kampf war also gar nicht zu umgehen; wäre er nicht im Mai ausgebrochen, er wäre kurze Zeit später doch erfolgt. Der Kaiseraufstand in Dresden war ein verzweifelter Verteidigungskampf der sächsischen Demokratie gegen die vereinigte Reaktion aller Länder. Daß die Demokraten und Republikaner den Aufstand vorbereitet gehabt hätten, um die sächsische oder deutsche Republik zu erkämpfen, ist natürlich irdisches Geschwätz. Man mag uns so schlecht machen wie man will, jedoch einmal die Dresdner Zeitung, gegen das Dresdner Journal polemisierend, aber für so dumme sollte sollte man uns doch nicht halten, daß wir glauben, in Sachen alle in eine Revolution machen und die Republik errichten zu können. Was die sächsischen Demokraten aber erstrebten und worauf sie hin arbeiteten, das war ein demokratisches, republikanisches, sächsisches Deutschland, ohne welches eine Demokratie, wie wir sehen, auf die Dauer auch in Sachsen unmöglich war. Die zweite sächsische Kammer hat ja auch mit fast allen Stimmen — als die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. mit 258 gegen 211 Stimmen beschlossen hatte, die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden deutschen Fürsten zu übertragen — sich gegen ein erbliches Oberhaupt und für eine Lösung der Frage in dem demokratischen Sinne erklärt. Ein republikanischer Völkervertrag über eine Anzahl Monarchien war natürlich ein Unsinn, über

den zeitgenössische Schriftsteller mit Recht spotteten. Aber die sächsischen Demokraten hatten auch eine sächsische Republik im Auge, nur bedauerten sie nie daran, diese anders als auf dem Wege der demokratischen Entwicklung aller deutschen Staaten und durch die deutsche Republik zu erlangen. Auf diese demokratische Republik arbeiteten die Demokraten gewiß hin, das geht aus ihren Reden und Schriften hervor. Auf der Jahresfeier der großen Erhebung des deutschen Volkes, welche der Dresdner Handwerkerverein am 17. Februar 1849 abhielt, brachte Lindemann ein hoch dem majestätischen Götzen Kossuth und dem klügeren deutschen Kossuth, der nicht ausbleiben konnte, wenn das deutsche Volk gleich den Ungarn zum Kampfe sich erheben werde. In seiner Schlußrede bei der Beratung des Wahlergebnisses gegen die Regierung in der sächsischen Kammer am 28. März 1849 sagte Löffler, der Führer der äußersten Linken, u. a.: Die Zeit werde kommen, daß der Konstitutionalismus zertrümmert wird, denn das kann sich das Volk nicht gefallen lassen, daß man ihm bloß solche Grundgesetze auf dem Papier entgegenhält. ... Lassen Sie sich so fort schalten, so kommt die Zertrümmerung sehr bald. Sehen Sie, derzeit im Osten beginnt der Kampf, der sich für die Demokratie entwickelt, und im Westen ... wird die reine Demokratie siegen, und beide Feuer werden uns sehr bald erreichen. Hören Sie diese Donnererklärungen und denken Sie darauf, daß die Demokratie siegen wird, sie muß siegen! Stürmische Proben folgten hier von der Tribüne, und aus allen Ecken des Landes kamen jubelnde Zustimmungsurteile. Die Demokraten hofften und glaubten daran, daß die demokratische Bewegung nodmal in allen Ländern losbrechen werde, und sie bereiteten sich darauf vor. Damit stimmte auch überein, daß die Demokraten ihre Anhänger in Gebirgs- und Wäldern grüben, sie Verbindungen mit den Demokraten der anderen Länder unterhielten, und es mag richtig sein, daß schon lange vor dem Dresdner Aufstand ein Plan für einen eventuellen Straßenkampf in Dresden ausgearbeitet war, wie v. Montbeu berichtet. Der Völkervertrag, ein Freund Reichardts, erzählt, daß die Turner, Müller und Reichner eine „Republik“ ge-

Der Kampf in Dresden im Mai 1849. Berlin 1849. Seite 285.